

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 11. Juli 1931

35. Jahrgang

Nummer 28

## Der Pleitegeier

### Hinter den Kulissen des Lohnabbaues

Es begann mit dem Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der sogenannten Savag, im Hochsommer 1929. Da mit ging eines der größten Geldinstitute in Deutschland über Bord. Bei der Abwicklung der Pleite stellte sich eine Fülle von Schwereisen heraus, die man nicht für möglich gehalten hätte. Dementsprechend waren die Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Es ist kein Zufall, daß am Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Pleite der Savag steht. Alle Welt wurde mißtrauisch. Alle Welt hatte das Gefühl, es ist vieles faul in der deutschen Wirtschaft.

Seitdem sind etwa 1/2 Duzend weiterer Versicherungsgesellschaften mit Millionenverlusten zusammengebrochen. Es kam die Klärung in der Kunstseidenindustrie, die zur Vereinigung von Verlusten zwang, die allein in einem Fall, der Elberfelder Glanzstoffgruppe, über 70 bis 80 Millionen Mark gehen. Zwischendurch ereigneten sich einige Großpleiten in der Vergnügungsindustrie. Gewissermaßen im Zusammenhang damit kam es im Baugewerbe zu Schwierigkeiten und Zahlungseinstellungen. Eine stattliche Reihe von Baukonzernen ist über Nacht verschwunden und der größte deutsche Baukonzern, die von dem bekannten Stahlhelmann geleitete A.-G. für Verkehrswesen, mußte sich vom Baumarkt zurückziehen und sich auf sein ursprüngliches Gebiet, den Kleinbahnbetrieb, beschränken. Selbstverständlich blieben die Banken nicht verschont. Der Fall erlebte sich auch nicht damit, daß hier und da Privatbanken mit größeren und größeren Verlusten eingingen. Vielmehr hörten wir von dem Zusammenbruch der Raiffeisenbank. Fast zu gleicher Zeit ergab sich die Notwendigkeit der Fusionierung einer unserer größten D.-Banken, der Discontogesellschaft mit der Deutschen Bank. Auch in der Großschiffahrt ging alten Reedereien, z. B. der Hamburg-Südamerika, der Atem aus.

Mit Steigerung der Wirtschaftskrise zog der Pleitegeier immer gefährlichere und bedenklichere Kreise. Es kam zu Komplikationen in unserem größten Warenhauskonzern, der Karstadt A.-G. Fast genau so ging es dem stolzen Inoleumtrust. Dann hörte man von Verlusten bei dem renommiertesten Textilkonzern, der Nordwolle, mit Verlusten bis zu 60 Millionen Mark und verbleibender Schuldenlast bis zu 165 Millionen. Die Mansfeld A.-G. mußte, wie früher schon die obereschleische Eisenindustrie, stark Subventionen in Anspruch nehmen. Auch hier rächten sich üble Geschäfte in den Vorjahren. Einer der traditionellen Konzerne der Berliner Industrie, der Borsigkonzern, geht zum Reichswehrministerium und bittet um Subventionen. Und die Reihe der Konkurrenten ist damit noch lange nicht beendet. Schon spricht man davon, daß das repräsentative Unternehmen der deutschen Schwerindustrie, der Stahltrust an der Ruhr, seit langem Sanierungsbedürftig sei und bestimmt mit der mildtätigen Hand des Staates rechnen. Wir stehen in einer Serie von Großpleiten und die Abwicklung der Wirtschaftskrise wird ohne Zweifel dadurch erschwert, daß die Pleiteure sich vor Opfern scheuen und die Verluste auf die breiten Massen und den Staat abwälzen wollen.

Angesichts dieser Serie von Pleiten fragt sich jeder nach den Gründen. Die deutsche Industrie hat doch rationalisiert. Sie ist zweifellos unter allen Industrien der Welt produktivstechnisch am glänzendsten ausgerüstet. Sie hat durch moderne Arbeitsverfahren die Herstellungskosten gedrückt und hintereinander drei Lohnsenkungen durchgeführt. Was fehlt also dieser Industrie? Wenn niedriger Lohn die Wirtschaft antreibt, dann sind diese Voraussetzungen in Deutschland sicherlich gegeben. Auf der jüngsten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sprach der Leiter des Siemenskonzerns, der eine der glänzendsten Konjunkturen aller Zeiten hinter sich hat, von der Verdrängung gegen die Wirtschaft, von hohen Löhnen, von hohen Steuern und von untragbarer Sozialbelastung. Der Mann, der zum Reichswehrministerium um Subventionen betteln ging, der Leiter des Borsigkonzerns, protestierte gegen das Eingreifen des Staates in die Lohnverhandlungen und sein Kollege aus der Textilindustrie, Abraham Frowein aus Elberfeld, forderte die Aufhebung der Lohnschlichtung, wie ja überhaupt das ganze Arbeitsrecht unserm Unternehmertum ein Dorn im Auge ist. Also die Sünden gegen die Wirtschaft sind hohe Löhne, Steuern und soziale Fürsorge. Wir haben das ja schon zu einer Zeit gehört, wo die deutschen Konzerne im Geld schwammen und ihnen vor lauter Profitgier der Ramm schwoll. Es ist also die alte Melodie. Wo es aber hart auf hart geht, hat sich etwas anderes herausgestellt. Bei allen diesen Pleiten gibt es Aktionäre, die bleichen müssen. Wenn nun schon einer zahlen muß und sein gutes Geld verliert, dann will er schon wissen weshalb. So haben in den meisten Fällen ziemlich eingehende Prüfungen durch die Gläubiger stattgefunden. Leider sind diese Prüfungen nur zum Teil veröffentlicht worden. Soweit das der Fall ist, können wir feststellen, daß die Revisoren absolut nicht gewillt waren, die Melodie von den hohen Steuern und den hohen Löhnen und der untragbaren Sozialbelastung zu singen. Es ist geradezu charakteristisch, daß in den Prüfungsberichten diese Faktoren so gut wie überhaupt nicht erwähnt werden, daß man sie für die Pleiten nicht verantwortlich macht. Dagegen hören wir von Direktoren, die sich Riesengehälter zulegt (Hamburger Del), die für sich sorgten und den Betrieb zu ihren Gunsten ausschalteten. Das ist die berühmte Generaldirektur in unseren Konzernen. Wir hören von Direktoren, die mit den Geldern ihres Konzerns ins Uferlose spekulierten. Gings gut, dann stieß der Gewinn in die eigene Tasche. Gings schlecht, dann mußte der Konzern bluten. Dann waren die Löhne zu hoch und die Sozialbelastung untragbar. Dann hatte die Politik der Gewerkschaften sich an der Wirtschaft veründigt. Wo gibt es in der ganzen Welt einen Fall wie den der Raiffeisenbank, die einem hergelaufenen russischen Emigranten sozusagen ihre Millionen nachwarf. Wo gibt es in der ganzen Welt einen Fall, wie den eines bekannten Kommerzienrates aus dem Karstadtkonzern, der sich jüst zur Zeit, wo sein Konzern mit den größten Schwierigkeiten kämpft, in Berlin eine Ueberlusvilla bauen läßt, über die selbst der sicherlich verwöhnte Berliner Westen

kaunt. Wo gibt es das? Nur in dem Land, das angeblich zu hohe Löhne zahlt und eine untragbare Sozialfürsorge betreibt. In Deutschland.

Gliedern wir die Gründe, die zur Pleite führten: In den Geschäftsberichten ist ja leicht zu sagen — es gibt da keine Zensur —, daß die böse Krise alles verschuldet. Nein, so liegen die Dinge nicht. Die Krise hat wohl verschlimmert, vielfach böse verschlimmert. Aber sie hat nicht verursacht. Sie hat nur, und das tut jede Krise und das ist das Wesen der Krise, alte Sünden aufgedeckt. Wie haben sich nun nach den Berichten der Prüfer die Pleiten entwickelt? Der typische Gang ist der, daß irgendein Generaldirektor den Ehrgeiz hatte, die ganze Industrie aufzukaufen. Er wollte Monopolpreise haben. Er wollte die Profite noch weiter steigern. Die Bäume sollten in den Himmel wachsen. So mußte er schon die ganze Industrie aufkaufen. Jeder Außenleiter, der außerhalb des Kartells oder Syndikats niedrige Preise machte, wurde mit Gold aufgewogen. Das führte zu einer ungeunden Expansion. Die Unternehmungen wuchsen. Die Konzentration raßte. Betriebe wurden stillgelegt und bodenständige Industrien vernichtet, ganze Industriebezirke der Stilllegung überlassen. Dieser wahnsinnige Ausdehnungsdrang wurde noch nicht einmal mit eigenem Geld finanziert. Man pumpte sich das Geld. Im Ausland. Und wenn es nicht anders ging, gegen hohen Zins bei den deutschen Banken. Man bezahlte das Geld nicht nur zu teuer, sondern hatte auch zu teuer gekauft. Und vor allem hatte man unrentable Objekte gekauft. Viel Schuld an allem tragen auch die deutschen Banken. Ihre Leiter haben uns so viel von der Verschwendung der öffentlichen Hand erzählt. Die Rolle aber, die sie in dem oben geschilderten Entwicklungsprozeß spielen, wollen wir nicht näher bezeichnen. Das Spiel geht ja auch noch weiter.

Was ist eigentlich vorgegangen? Man hat die Leistungsfähigkeit der Konzerne gesteigert, bis ins Unermessliche und Unfassbare. Diese Leistungsfähigkeit kann nicht ausgenutzt werden, weil das Einkommen der breiten Massen zu niedrig ist und weil es an Kaufkraft fehlt. Dadurch wird die Kapazität unrentabel. Aber Kapazität liegt mir nichts dir nichts herum. In der Bilanz stehen dieser Kapazität Kapitalien gegenüber, die verzinnt werden müssen. In dieser Zwischmühle hat das deutsche Unternehmertum wie folgt kalkuliert: Da das Geschäft und der Absatz nicht mehr

die nötige Verzinsung für unser überhöhtes Kapital abwirft, senken wir einfach die Löhne, um so die nötige Verzinsung herauszupressen. Das hat man getan. Mit den Löhnen fiel aber der Absatz weiter. Das Problem, mit Lohndruck die Zinsen für ein überhöhtes Kapital aufzubringen, war nicht gelöst und kann auch so nicht gelöst werden. Notwendig war eine Kapitalsherbesehung. Diese hätte vorgenommen werden müssen, als sich die Krise in ihren Anfängen zeigte. Das hat man veräußert. Damit aber waren die Pleiten, in denen wir heute stecken, nicht mehr zu vermeiden. Die Kapitalübersehung unserer Konzerne ist mit ein Grund für die Krise. Die Krise wird nicht überwunden werden, solange diese Pleiten nicht liquidiert sind und solange sich die Kapitalisierung unserer Konzerne nicht der wirklichen Rente in der deutschen Industrie angepaßt hat. Je schneller wir damit fertig werden, desto besser ist es. Auf jeden Fall hat sich aber gezeigt, daß mit Lohndruck hier nichts zu machen ist. Ebenso falsch sind Subventionen. Sie müssen abgelehnt werden. Wenn auch die Schwerindustrie hundertmal mit der Diktatur droht, deren vornehmste Aufgabe es dann natürlich wäre, auf Kosten der breiten Massen und auf Kosten des Arbeitslohnes die Subventionen mit vollen Händen zu verteilen.

Was im Rahmen der Pleiten an die Öffentlichkeit gedrungen ist, hat selbstverständlich den deutschen Kredit ungeheuer geschädigt. Wir haben gehört, wie ein paar Generaldirektoren ohne jede Kontrolle wie die Wahnsinnigen gewirtschaftet haben. Weiter von einer Geschäftsführung unserer Konzerne, die jede Verantwortlichkeit vermissen ließ, die von Leichtsinn und Frivolität strotzte. Wenn Deutschland in den letzten Tagen durch die Flucht seiner ausländischen Kreditgeber am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes war — die Katastrophe ist nur durch das amerikanische Angebot einer Stundung der Reparationszahlungen vermieden worden —, dann spielen diese Zusammenhänge dabei eine große Rolle. Wenn schon der Staatsanwalt nicht eingegriffen hat, dann sollte wenigstens die Regierung eingreifen. Sie muß für eine Kontrolle dieses Kapitalismus ohne soziale und wirtschaftliche Hemmungen sorgen, für eine Kontrolle, an der die Arbeiterchaft maßgebend beteiligt ist. Denn die Arbeiterchaft trägt — wir erinnern nur an die Stilllegungen, die sich im Zusammenhang mit den Pleiten ergeben — ja die Kosten einer verfehlten Wirtschaftspolitik.

## Man prüfe die Tatsachen

Die Entwicklung der Dinge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ist mit dem großen Völkerrkrieg und dem, was ihm folgte, an einem Punkte angekommen, wie Menschen und Völker ihn nur in größeren Zeitabständen erleben. Wenn wir zurück schauen, sehen wir, daß es fast nur die Gedanken des Sozialismus waren, die neue, vorwärtsweisende Einrichtungen schufen. Diese Gedanken reichen viel weiter, als es die Grenzen von Partei und Gewerkschaft vermuten lassen. Und auch die Macht des Sozialismus reicht weiter als die sozialistische Organisation. Wären jenseits von den Gebilden, die der sozialistische Gedanke schuf, nur Gegner dieses Gedankens, es wäre unmöglich gewesen, alles das soziale Tat werden zu lassen, was nun doch tatsächlich Tat geworden ist. Und das ist nicht wenig. Mag auch manches nicht ganz so ausfallen, als gewünscht werden muß; es kommt doch vor allem darauf an, daß die Entwicklungslinie des heutigen Lebens nach sozialen und demokratischen Zielen hinweist. Darauf darf und soll der Sozialismus stolz sein. Die Vertreter großer, welt- und menschenbewegender Gedanken brauchen nichts so nötig als Sicherheit und Selbstvertrauen. Sie brauchen beides um so notwendiger, wenn die Lebensverhältnisse härter und härter werden, wie in letzter Zeit. Das vor allem muß heute den Massen gesagt werden.

Es ist zu bedauern, daß die gesellschaftlich und wirtschaftlich Bedrängten nicht in einer einzigen Front zusammenstehen. Aber es ist doch trotzdem geistig Grundlegendes, das sie immer wieder zusammenzieht. Es sind die Nebelschwaden, die noch recht dick aus Herkommen, Gewohnheit und Vorurteil aufsteigen, die jene trennen und sogar entzweien, die zusammengehören.

Betone man immer wieder das alle Bedrängten Verbindende, und man wird ein gut Teil dazu beitragen, daß sich die den Durchblick erschwerehenden Nebelschwaden mehr und mehr lichten.

Die Aufgabe einer zeitgemäßen sozialistischen Aufklärung und Werbung muß sein, Verständnis dafür zu wecken, daß ein sicher geordnetes Staatswesen für die nach gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gleichberechtigung strebenden Schichten viel bedeutet. Der bestehende Staat kapitalistischer Grundeinstellung kann nicht einfach durch den sozialistischen Staat abgelöst werden. Er muß vielmehr schrittweise aus- und umgebaut werden in der Richtung des sozialistisch-demokratischen Ideals. Wirklichkeitsinn bringt weiter als Wünsche und Träumen! Darum muß der Kampf um den heutigen Staat, um die Macht in den Volksvertretungskörpern, um Mehrung des sozialistischen Einflusses jeder möglichen Art an erster Stelle stehen. Und dann kommt es weniger auf Worte, als auf Taten an. Das Volk ist in Not, und es fängt allmählich an, die unerfüllbaren Versprechungen hier und die gewissenlosen Verleumdungen dort mit Zweifel und Mißtrauen aufzunehmen. Gerade unser deutsches Volk ist mit großen Gesten und lauten Schlagworten zu freigebig beschenkt worden. Es hungert heute nach Klarheit und Wahrheit. Es will ruhige, prunklose Taten sehen! Der Kommunismus und der Nationalsozialismus werden an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit wieder zusammenkrumpfen. Die großen Worte haben noch einmal gewirkt, weil die ganze Lage so überaus verworren und unfassbar für große Schichten des Volkes war. Vielfach hatte man vom Sozialismus zu viel erwartet. Man hatte seine Macht überschätzt. Aber es genügt nicht, die größte politische Partei zu haben, wenn die absolute Mehrheit innerhalb der Parteilichkeit trotzdem ein fernes Ziel bleibt. Es genügt auch nicht entfernt die heutige Stärke der freien Gewerkschaften. Das alles

muß ruhig durchdacht und erwogen werden. Wenn das Erwartete in der Zeit nach dem Kriege nicht erfüllt werden konnte, so lag das in der Hauptsache daran, daß viele tatsächlich dem Sozialismus zustehende Staatsbürger politisch und auch berufsorganisatorisch auf das falsche Pferd gesetzt haben oder einfach überhaupt keine Hand rührten. In Wirklichkeit hat der Sozialismus mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften viel erreicht. Natürlich hätte ein doppelt so starker ganz anders arbeiten können. Und weiter hätte ein solcher Sozialismus in einem nicht unter fremde Gewalt geratenen Staate auch wieder ganz anders um- und neuformen können. Es gibt wahrhaftig der jeden Tage möglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbesserungen im sozialistischen Sinne übergenug. Ein tatkräftiges Beseitigen des vollständig Unzeitgemäßen brauchte durchaus nicht nach dem sogenannten Umsturz auszuweichen. Uebrigens muß schon notwendig so allerhand „umstürzen“ beim reinigen und ausgeben. Es ist jammerlich, daß kein großzügiges Ersetzen des Veralteten und Leistungsschwachen durch zeitlich Notwendiges und Starkes möglich war, als die Verhältnisse geradezu danach schrien, die deutschen Verhältnisse ungleich mehr als die der weniger notleidenden Völker.

Der Kapitalismus ist „mit seinem Latein zu Ende“: geistige Dürftigkeit ist sein hervorsteckendster Zug geworden. Dazu kommt zunehmender moralischer Verfall. Aber trotzdem schwingt der Kapitalismus in den alten Bahnen der Macht weiter. Und einsteilen hat er neben der Macht, die Besitz verleiht, noch Handhaben genug, der Öffentlichkeit die wahre Wirklichkeit der Dinge zu verheimlichen. Dieses Täuschungs- und Fortschleppungsmanöver hätte ein genügend starker Sozialismus verhindern können. Es wäre sicher zu erreichen gewesen, die Leistungskraft der Gesamtwirtschaft unter sozialistischer Vormachtstellung bedeutend zu erhöhen, obgleich nicht verkannt werden darf, daß die Naturkraft der Beherrschung einstweilen noch für den Kapitalismus gewirkt hätte. Daß das und so manches andere erreicht wurde, ist die Schuld der Zögernden und Zweifelnden, die sich nicht entschließen können, dem alten Gesellschafts- und Wirtschaftsgrundriss der Zähe und des Sichselbstbedienens durch den sozialen Grundriss des der Gesamtheit und dem Allgemeinwohl dienens zu ersetzen.

Wenn nur erst die gesamten Lohn- und Gehaltsempfänger sich als kraftvolle Einheit den auf Gewinn und Profit Bedachten, den Geschäftemachern, gegenüberstellen wollten! Dann könnte es ein gewaltig großes Aufräumen mit der Heberzeugung der Lebenshaltung der Massen geben. Die Arbeitslosigkeit würde sich dann sehr schnell stark verschärfen. Die Geschäftemacher würden in großer Zahl nicht mehr unterzubringen sein. Eine vernünftige und sittlich veredelte Wirtschaft würde sie überhaupt nicht mehr in der allgewohnten Weise verwenden können. Für jeden matgelegten Geschäftemacher würden viele arbeitslose Lohn- oder Gehaltsempfänger wieder in den Wirtschaftsdienst des Volkes eingereiht werden können, einfach schon deshalb, weil die allermeisten Waren bedeutend billiger werden würden.

Wer für die Gedanken des Sozialismus werben will, der lerne es jenen, denen er nahesteht, oder ohne lästig zu fallen, nahe treten kann, mit offenen Augen und wachen Ohren durch das Leben zu gehen, nicht lediglich durch das Leben des täglichen Berufes, sondern auch durch das außerberufliche Leben. Die Dinge des Lebens richtig sehen und verstehen lernen, heißt ohne weiteres die Grundlagen des bestehenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturlebens als krank und unhaltbar erkennen lernen. Es ist nicht nötig, mit

Programmen und Leitfäden zu kommen. So etwas ist gewiß für den Aufbau einer anders gearteten Welt unentbehrlich. Aber für den noch Ungeheilten wirken mehr die greifbaren alltäglichen Dinge des Lebens. Wirklichkeit zieht mehr an als Theorie, überzeugt auch zunächst mehr. Warum müssen in einer Stadt von 30 000 Einwohnern über 50 Händler für die einfache Arbeit der Verteilung des Hausbrandes vorhanden sein? Kann es nicht viel besser und billiger durch ein Unternehmen gemacht werden? Dann sind keine 50 bis 100 Geschäftsräume und Lagerstellen, keine 50 Gespanne und Gott weiß was sonst noch alles nötig, dann wird das alles schnell und geräuschlos mit ganz wenigen Hilfsmitteln und vor allen Dingen mit technisch modernen Hilfsmitteln gemacht. Und die Unkosten sinken wahrhaftig auf annähernd den zehnten Teil. Der Warenbezug im großen, vielleicht auf dem Wasserwege, wird ja auch sehr stark billigt. Dann brauchen dem Verbraucher auf 100 gewöhnlich schlecht gewogene Pfund Hausbrand nicht 60 bis 80 Pfennig Händleraufschlag abverlangt werden, sondern vielleicht 10 bis 20 Pfennig. Wie lange will es sich die nicht vom Geschäftemachen lebende Welt noch gefallen lassen, daß eine Ware, nicht etwa Luxusware, die für wenige Pfennige hergestellt wird, für manchmal ebenso viele Mark an den Verbraucher abgegeben wird! Man komme doch nicht mit dem kurzfristigen Hinweis, daß so mancher geschäftliche Unsinn schon deshalb nicht gut beseitigt werden könne, weil dadurch „Ergebnisse“ vernichtet würden. Ein Engländer schrieb kürzlich, man könne besser derartige „Beseitigungen“ dadurch ersehen, daß man einen für die einfache Lebenshaltung genügenden Lohn für das sinn- und nutzlose Aufgraben und Wiederzuschütten von Erblöchern bezahle. Das ist ein Unfug, der gewissermaßen den tausendfach bestehenden übertrumpfen will. Aber es liegt dennoch eine derbe Wahrheit darin. S.

## Vertrauenskrise und Währung

Die Deutsche Reichsbank war in den letzten Wochen arg in Bedrängnis geraten. Zu dem feststehenden Devisenbedarf für Reparationszwecke traten die teilweise übertriebenen Devisenanforderungen der privaten Banken und Bedarf solcher Unternehmungen, denen kurzfristige Kredite ausländischer Geldgeber infolge der immer undurchsichtiger werdenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse plötzlich gefündigt worden waren.

Die kurzfristige Verschuldung der deutschen Wirtschaft an das Ausland ist seit längerer Zeit ein außerordentlicher Gefahrenherd. Die eigenartige Kreditpolitik des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht, der den ausländischen Kreditstrom, welcher der deutschen Wirtschaft zuzufloß und der das Wirtschaftsleben befruchtete, absichtlich gehemmt hat, führte dahin, daß die kurzfristige Verschuldung der deutschen Wirtschaft fortgesetzt zunahm. Die große Gefahr der kurzfristigen Auslandsverschuldung wurde zum ersten Male in ihrem ganzen Ausmaß deutlich, als die Reparationsverhandlungen im Frühjahr 1929 in Paris zu scheitern drohten. Es ist bezeichnend, daß es wiederum Schacht war, der den Anlaß für den damaligen Devisenverlust der Reichsbank gab. Infolge seiner untatsächlichen Verhandlungsführung — er forderte u. a. die Zurückgabe der deutschen Kolonien — drohten die Verhandlungen des Young-Komitees zu scheitern. Dies führte zu Kreditfündigungen ausländischer Geldgeber, die durch französische Kreditabzüge, die demonstrierenden Charakter trugen, und durch die zunehmende Kapitalflucht aus Deutschland verstärkt wurden. Auch damals war die Reichsbank gezwungen, wochenlang Devisen abzugeben. Infolgedessen nahm die Golddeckung der Banknoten stark zu.

Zum zweiten Male wurde die drohende Gefahr der kurzfristigen Verschuldung nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 sichtbar. Dieser hat der deutschen Wirtschaft weit größeren Schaden zugefügt als die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise. Das Vertrauen des Auslandes in Deutschlands Bereitwilligkeit, vertraglich übernommene Verpflichtungen loyal zu erfüllen, nahm in dem Maße ab, wie in Deutschland die nationalsozialistische Agitation zunahm. Auch damals wurden vom Auslande namhafte Beträge kurzfristig geliehener Gelder zurückgefordert. Auch damals flüchtete deutsches Geld ins Ausland und begnügte sich dort mit einer Verzinsung, die weit unter den deutschen Sätzen lag. Die Reichsbank blieb zwar auch Herrin der währungsrechtlichen Situation, aber die Gefahr, die mit der kurzfristigen Verschuldung für Deutschlands Wirtschaft und Währung verbunden war, stand von nun an fortgesetzt und drohend im Hintergrunde.

Inzwischen verschärfte sich die Wirtschaftskrise. Die kurzfristige, einkommen- und lauffähigkeitsstörende Wirtschaftspolitik verschlechterte die Arbeitsmarktlage fortgesetzt und minderte die Aussichten auf einen wirtschaftlichen Umschwung immer mehr herab. Die Dezimierung der Arbeitseinkommen wirkte auf die Einnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden, die in ihrem Ausmaß regelmäßig weit hinter den Schätzungen zurückblieben. Auf der anderen Seite stieg der Finanzbedarf infolge der beispiellosen Arbeitslosigkeit ins Ungemessene. Es war nicht überraschend, daß infolgedessen auch das Reparationsproblem wieder in den Vordergrund trat. Im Auslande wurde das Moratorium, von dem man sich Erleichterungen für die Wirtschaft und für die öffentlichen Finanzen versprach, vielfach fallsch verstanden. Man glaubte dort, daß Deutschland die Abicht habe, nicht nur die Reparationsleistungen, sondern auch die privaten Zinszahlungen einzustellen. Wieder begann das Ausland kurzfristig in Deutschland angelegtes Geld zurückzufordern. Die Unübersichtlichkeit der politischen Lage, das ungewisse Schicksal der

Regierung, die Größe der Defizite der öffentlichen Haushaltungen führten schließlich zu einer Vertrauenskrise von einem seltenen Ausmaß, die ihren Höhepunkt in den zurückliegenden Wochen erreichte. Die Devisenanforderungen nahmen fortgesetzt zu, und am 20. Juni war das Deckungsverhältnis der umlaufenden Banknoten bis auf den gesetzlich vorgeschriebenen Satz gesunken. Hätte die Devisennotlage weiter in dem Maße angehalten, so wären der Reichsbank nur zwei Möglichkeiten geblieben, nämlich entweder eine rücksichtslos durchgeführte Kreditverknappung oder von der Ermächtigung des Reichsbankgesetzes, „unter ausnahmsweisen Umständen“ die Notendekung unter 40 Prozent herabzusetzen, Gebrauch zu machen. Im letzteren Falle ist dem Ausmaß der Deckungsunterschreitung entsprechend eine prozentual bemessene Notensteuer zu zahlen, und gleichzeitig muß der Diskont um mindestens ein Drittel des Prozentsatzes der Notensteuer erhöht werden.

Währungspolitisch kommt einer solchen Unterschreitung der vorgeschriebenen Notendekung keine allzugroße Bedeutung zu. Gefährlich und in ihren Folgen nicht abzusehen wären allein die psychologischen Auswirkungen einer solchen Unterschreitung auf die deutsche Bevölkerung und auf das Ausland. Viel verhängnisvoller in ihren wirtschaftlichen Wirkungen wäre natürlich eine Verminderung des Kreditvolumens durch Restriktionen, die gleichbedeutend mit einer weiteren Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit und verstärkter wirtschaftlicher Not für die Arbeitnehmer ist.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß vor wenigen Wochen das Goldkomitee des Völkerbundes zum Zwecke der Beseitigung der Goldknappheit und damit vieler weltwirtschaftlicher Spannungen und Schwierigkeiten eine allgemeine Lockerung der Golddeckungsbestimmungen vorgeschlagen hat. Die 40prozentige Deckung der umlaufenden Banknoten, die das Reichsbankgesetz vorschreibt, ist verhältnismäßig hoch. Sie ist vielfach höher als in den übrigen Ländern, ist höher als das Deckungsverhältnis in der Vorkriegszeit und bindet Gold- und Devisenmenge, die bei einem niedrigeren Deckungsgrad produktiv verwendet werden könnten. Aber wäre nicht Inflation die Folge einer Herabsetzung des gesetzlichen Deckungsverhältnisses? So ohne weiteres nicht! Die unerlässliche Voraussetzung eines gesunden Geldwesens ist die Übereinstimmung zwischen der vorhandenen Warenmenge und der Menge der umlaufenden Zahlungsmittel. Auf die Größe der Goldvorräte in den Tresoren der Notenbank kommt es dabei überhaupt nicht entscheidend an. Ob das Deckungsverhältnis 40, 20 oder gar nur 10 Prozent beträgt, ist nicht so von Bedeutung, wenn im übrigen das Verhältnis zwischen Güterumlauf und Zahlungsmittelumlauf nicht gestört wird. Es ist nur zu wünschen, daß die Anregung des Goldkomitees des Völkerbundes dazu beitragen möge, die Menschheit vom „Wahn des Goldes“ zu befreien.

Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der deutschen Währung dürfte zweckmäßig sein. Das deutsche Wirtschaftsgebiet hat erst seit 1857 eine einheitliche Währung erhalten, und zwar die Silberwährung. Im Jahre 1871 wurde dann mit der Ausprägung von Goldmünzen begonnen und durch das Münzgesetz von 1873 ist die Goldwährung eingeführt worden. Es war zunächst keine wirkliche Goldwährung, sondern eine sogenannte hinkende Doppelwährung, da der Taler noch bis zum Jahre 1907 gebräuchliches Zahlungsmittel blieb. Eine wirkliche Goldwährung hat es in Deutschland also erst vom Jahre 1907 ab und nur 7 Jahre lang gegeben. Durch Gesetz vom 4. August 1914 wurde die Einlösungspflicht der Reichsbank aufgehoben. Damit wurde die Währung zu einer typischen Papierwährung.

Die übermäßige Ausgabe von Papiergeldzeichen führte schließlich zum vollkommenen Verfall der Währung. Darauf folgte die Periode der Rentenmark. Es gelang verhältnismäßig leicht, wieder ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen. Ab 30. August 1924 traten dann das Reichsbankgesetz und das neue Münzgesetz in Kraft. Ein Teil des Erlöses der Dawes-Anleihe floß der Reichsbank als Deckungsreserve zu. Das Reichsbankgesetz verpflichtete die Bank, ihre Noten in Gold oder Devisen einzulösen. Diese Bestimmung ist erst durch das neue Reichsbankgesetz beseitigt worden, das gegenwärtig die Pflicht zur Einlösung der Banknoten gegen Barrengold von mindestens 1000 bis höchstens 30 000 Mark besteht. Die jetzige deutsche Währung wird als Goldkernwährung bezeichnet. Diese Bezeichnung wird den Tatsachen nicht völlig gerecht. Selbst der 40prozentige Goldkern der Währung braucht nur zu dreierlei aus Gold zu bestehen. Die weiteren Deckungsmittel sind Devisen, Schecks und Warenwechsel.

Es ist im Hinblick auf die großen Gold- und Devisenverluste der Reichsbank in den vergangenen Wochen oft die bange Frage aufgeworfen worden, ob wir in Deutschland nicht vor einer neuen Inflation stehen. Diese Frage ist — wie gezeigt wurde — zu verneinen. An eine Geldentwertung braucht solange nicht gedacht zu werden, solange Diskont- und Kreditpolitik nach den Bestimmungen des Reichsbankgesetzes gehandhabt werden. Aber auch dann, wenn durch weitere Kreditfündigungen des Auslandes die Golddeckung dezimiert werden würde, wäre dies nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit Inflation. Ein Inflation kann überhaupt nur entstehen, wenn die Zahlungsmittelmenge in inflationärer Abicht, also bewußt, vergrößert wird oder wenn bei sinkender Warenmenge der Zahlungsmittelumlauf keine entsprechende Verminderung erfährt.

Das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgeschlagene Welt-Schulden-Moratorium hat zu einer fühlbaren Entspannung der währungs- und kreditpolitischen Lage

geführt. Aber selbst wenn der Zahlungsaufschub für alle politischen Verpflichtungen zur Wirklichkeit wird, wäre noch kein übertriebener Optimismus am Platze. Es käme in der Zeit des Ruhens der Schuldentilgung vor allem darauf an, nach außen hin das Verlorene geangene Vertrauen wieder zu gewinnen, die Gefahr der kurzfristigen Auslandsverschuldung endgültig zu bannen und in der Reparationsfrage voranzukommen und im Innern entscheidende Maßnahmen zur Krisenüberwindung zu ergreifen. Ob das aber mit den bisher geübten Methoden der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik erreicht werden kann, ist nach den Erfahrungen des letzten Jahres zum mindesten recht zweifelhaft.

## Ihre eigenen Totengräber

Es wird in Deutschland und auch in anderen Ländern mit dem Fortbestand einer hohen Arbeitslosigkeit geredet. Mehr oder weniger richtet man sich darauf ein. Wie die neueste deutsche Notverordnung zeigt, müssen gewaltige Lasten von der erwerbsfähigen Bevölkerung übernommen werden. Daneben hört man aber auch heftige Kritik an den sozialen Lasten, die der Staat und die Unternehmer zu leisten haben. Die deutschen Unternehmer sind nicht schlau genug um einzusehen, daß soziale Lasten das Lösegeld sind, welches der Unternehmer den bestlosen Bevölkerungsschichten gegenüber zu tragen hat. In seinem Buch „Das Schicksal des deutschen Kapitals“ führt Prof. Bonn über Löhne, soziale Lasten und den Bestand des Kapitalismus scharfsinnig folgendes aus:

„Seit die Grenzen der überseeischen Welt geschlossen sind, in die die überschüssigen Menschen einwandern konnten oder einzuwandern hofften, muß man für sie in Europa sorgen. Der Kapitalismus, der soziale Lasten einparren will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reinerneuerung der Arbeitslosen unbewußt die wahre „rote Armee“. Ein Kapitalismus überdies, der nicht von den Mitkapitalisten gestützt wird und dessen Ergebnisse hohe Preise sind, kann sich nicht halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man Löhne, die, an den Löhnen anderer Länder gemessen und mit der Vorkriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen, ohne den Preis abzubauen oder unrentable Kapitalien auszulösen, so gefährdet man den Kapitalismus.“

Diese Worte sollten sich namentlich die deutschen Unternehmer hinter die Ohren schreiben. Das arbeitende Volk ist nur für eine gewisse Zeit bereit, solche gewaltige Lasten wie gegenwärtig auf sich zu nehmen. Ändern sich die Verhältnisse nicht, dann kann für den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft von niemandem garantiert werden. Die englischen Unternehmer sehen dies nicht ein. Deshalb sind sie unbewußt die eigenen Totengräber der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn sie dies in ihrem blindwütigen Haß gegen die Arbeiterklasse nicht einsehen wollen, so soll uns das recht sein.

## Bücher und Zeitschriften

Das beste politische Nachschlagewerk ist das Nachschlagewerk „Das Deutsche Reich von 1918 bis heute“, von Cuno Horlenbach. Wenn man das schmerzhafte und verwickelte Stoffgebiet betrachtet, dann muß man besonders die ganze Art der Gestaltung zum überflüssigen Nachschlagewerk bemerken. Selbstverständlich ist alles einfach, wenn schwierige Dinge einfach gelöst werden. Ein großer Sachkunde und strenger Sachverständiger in die Arbeit durchgeführt, der Stoff mit großer Objektivität behandelt. Die ausführlichen Register zeigen sofort das Gesuchte, und in den einzelnen Abschnitten wird das zusammenfassende Bild des Sachgebietes gegeben — also wiederum Nachschlagewerk und zusammenfassendes Studienwerk zugleich, fraglos eine glückliche Mischung, die das Werk außerordentlich populär machen wird. Als Studienwerk auch für unsere Bildungsbeiträge geeignet!

Das Werk beginnt mit einem chronologischen Teil, in dem die Vorgänge der Nachkriegszeit in Telegrammstil — in einzelne Jahresabschnitte eingeteilt — kurz aufgezeichnet werden, so daß hier eine wertvolle, prägnante und dennoch mit reichem Material ausgestattete geschichtliche Entwicklung Deutschlands vorliegt. Dann folgen: Die politische und Verwaltungstruktur des Reiches. — Der Reichspräsident, mit genauen Aufzeichnungen der einzelnen Regierungen, Räte, Reichspräsidentenbüro usw. — Die Parlamente. Nationalversammlung und alle fünf Präsidienbüros usw. — Die Reichsministerien. Nationalversammlung und alle fünf Reichstage nach Parteien, Wählkreisen und Fraktionen ausführlich und über die Reichsministerien nach dem Umkreis. — Die Reichsministerien mit den Reichsministern und vor allem Dingen mit der genauen Aufzeichnung der wechselnden Minister in den letzten zwölf Jahren. — Die angegliederten und nachgeordneten Stellen der Ministerien. — Die selbständigen Institute des Reiches: Reichsbank, Reichsausschuß und Statistik des Reiches. — Die einzelnen Länder mit Angaben über Fläche, Bevölkerung, Verfassung, Parlament, Regierung und Aufzeichnung der einzelnen Ministerien. — Ein umfangreiches, übersichtliches statistisches Material, teilweise mit interessanten internationalen Vergleichszahlen über die verschiedensten Bereiche. — Ein äußerst praktischer biographischer Teil von führenden Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung des Reiches. — Kurze persönliche Angaben und Entwicklungsgang von rund 1700 Persönlichkeiten. Den Schluss bilden: Die politischen Parteien. Organisationen der Presse und des Schrifttums (mit erschöpfenden Angaben und übersichtlicher Gliederung). — Ausführliche Sach- und Personenregister sowie Spezialregister zum Verfall der Verträge, zur Reichsverfassung und zum Youngplan.

Das Buch trägt den weitesten Bedürfnissen Rechnung und ist das Nachschlagewerk, wie man es praktisch braucht. In Ganzleinen gebunden, mit halbtüchtigen Tabellen und Aufzählungen circa 900 Seiten stark, kostet das Werk nur 15 Mark. Trotz dieses außerordentlich niedrigen Preises ist es der Verlagsgemeinschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gelungen, in Anbetracht des wertvollen Inhalts des Buches eine Organisationsausgabe mit dem Originalverleger zu vereinbaren, die zum Preise von 11 Mark für das in Ganzleinen gebundene Werk an die freigelegentlich organisierten Kollegen abgegeben wird. Den Zahlstellenbibliotheken kann die Anschaffung nur empfohlen werden.

## Im Schatten der Revolution

Zum 100. Todestage des Freiherrn v. Stein.

Das deutsche Volk hat in der Zeitspanne der letzten 100 Jahre einen gewaltigen Raum gesellschaftlicher Entwicklung durchgemessen. Man vergegenwärtige sich, daß zu Beginn des vierten Jahrzehnts im vorigen Jahrhundert sich in Deutschland die ersten Formen des modernen Kapitalismus nur spärlich entwickelt hatten. Heute, 100 Jahre später, lebt die kapitalistische Gesellschaft bereits im Stadium des Niederganges. Trotz momentaner wirtschaftlicher und politischer Rückschläge, welche die Arbeiterklasse im Zeichen der Krise erleiden mag, entwickeln sich heute schon — für den Sehenden deutlich wahrnehmbar — die Keime gesellschaftlicher Neuordnung. In diesen zukunftschwangeren Tagen ist es nicht uninteressant einen Rückblick zu werfen auf die Übergänge früherer geschichtlicher Epochen, zu sehen, auf welche Weise sich in früheren Epochen notwendige gesellschaftliche Umwälzungen und Reformen durchgesetzt haben. Für eine solche Betrachtung ist nichts geeigneter, als eine Schau auf das Wirken des bedeutendsten preußischen Staatsmannes der vormärzlichen Zeit, des Freiherrn v. Stein, der vor nunmehr 100 Jahren, am 29. Juni 1831, starb.

Das wichtigste gesellschaftsgeschichtliche Ereignis, welches die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts entscheidend gestaltete, war die große französische Revolution von 1789. Diese hatte in Frankreich die Herrschaft des Feudalismus radikal beseitigt, legte Formen der gebundenen Wirtschaft des Mittelalters zersprengt. Damit war die Basis geschaffen für die Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftsformen.

Die despotisch regierten mitteleuropäischen Monarchien Preußen und Oesterreich hatten zunächst gegen Ende des 18. Jahrhunderts versucht, sich gegen die Revolution abzuschließen, indem sie Frankreich mit Krieg überzogen. Die Heere der intervenierenden Staaten aber waren bereits innerlich vermorren, analog der innerstaatlichen Fäulnis und Zersetzung Preußens und Oesterreichs, und konnten gegen das junge, mit revolutionärem Glanz kämpfende Volk Frankreichs nicht standhalten. Schließlich wurden Preußen und Oesterreich durch die überlegene Kriegskunst Napoleons an den Rand des Ruins gebracht.

Napoleon führte in allen Staaten, die nach seinen Siegen seiner direkten und indirekten Herrschaft unterstanden, politische und gesellschaftliche Reformen ein, durch welche die wesentlichen Grundgedanken der Revolution, die formale Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger sich auch hier verwirklichte. Die deutschen Staaten waren gezwungen Schritt zu halten, wollten sie nicht jeden Gedanken

an die Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihres nationalen Eigenlebens aufgeben.

Die nach dem Tilsiter Frieden vom Jahre 1807 einsetzenden politischen Reformen waren indes keineswegs das Produkt allgemeiner Einsicht der herrschenden Klasse. Diese Reformen entsprangen den Gedanken einzelner Männer aus der Schule der modernen deutschen Philosophie. Starke gesellschaftliche Kräfte, wie sie in Frankreich die bürgerlichen Reformen erzwungen hatten, waren nicht vorhanden, so war es im wesentlichen das Verdienst des Freiherrn v. Stein, der stärksten politischen Kraft seiner Zeit, daß die Reformpläne gegen den Widerstand des Königs und vor allem der feudalen Junker durchgesetzt wurden.

Stein war keineswegs ein Revolutionär, eher das Gegenteil, er haßte Frankreich, Napoleon und die Revolution. Er gehörte dem reichsunmittelbaren Adel an, der durch die föderative Entwicklung des Deutschen Reiches an die Wand gedrückt war und mit dem Ende des alten „römischen Reiches deutscher Nation“ im Jahre 1806 völlig sein Staatsideal verloren hatte. Die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreiches war sein politisches, die Herbeiführung einer ständigen Ordnung, wie sie das Mittelalter gehabt hatte, sein wirtschaftliches Ziel. Aber trotzdem wirkte sein wirtschaftliches Handeln sich nicht konservativ aus. Steins Haß gegen die Fürsten, die mit ihren partikularen Bestrebungen die Reichseinheit zerstört hatten, sein Haß gegen den Kleinadel, den er sich gesellschaftlich untergeordnet fühlte, machte ihn zu ihrem großen Gegenspieler, machte ihm zum politischen Werkzeug einer Entwicklung in der Richtung gesellschaftlichen Fortschrittes.

Stein war schon nach seiner Universitätszeit in preußische Dienste getreten. Zunächst war er Direktor des märkischen Oberbergamtes, dann Oberpräsident der westfälischen Kammer und wurde 1804 Minister. Anfang 1807 vom König verabschiedet, aber bereits Ende des gleichen Jahres auf Napoleons Veranlassung wieder berufen, entließen unter seiner Leitung im Zeitraum knapp eines Jahres, die unter dem Namen „preußische Reform“ bekannt gewordenen Gesetze. Dann zog sich Stein den Haß Napoleons zu, und dem mußte er 1808 weichen.

Wenn man von der militärischen Reform absieht, die sich ebenfalls unter Stein's Einfluß nach den Plänen Scharnhorst' und Gneisenau's anbahnte, so umfaßt die „preußische Reform“ zwei Gesetze, „das Oktoberedikt von 1807“ und „die Städteordnung von 1808.“

Das Oktoberedikt von 1807 enthält die Bestimmungen der agrarischen Reform, die das Monopol des Adels auf den Großgrundbesitz und die Leibeigenschaft der Bauern aufhob. Es gab den Bauern zwar die persönliche Freiheit, aber kein Land. Es änderte

sich fast nichts an dem bisherigen Zustand, als daß aus den bisher leibeigenen Bauern bestlohe Tagelöhner wurden. Stein hat angestrebt, die Junkerlichen Vorrechte weiter einzufranken, durch Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit und ihrer polizeilichen Befugnisse. Dazu ist er aber nicht mehr gekommen. Auch hat sich Stein dem Drängen der Junker widersteht, durch Einführung einer Grundbesitzordnung das Gefinde wieder der Botmäßigkeit der Junker zu unterstellen. Der Nachfolger Stein's, Hardenberg, hatte in dieser Hinsicht weniger Bedenken. Er erließ 1810 eine Gefindeordnung, die den Junkern alle Wünsche erfüllte.

Das Fehlen einer selbstbewußten bürgerlichen Klasse in Preußen-Deutschland im Zeitpunkt der Inangriffnahme der Agrarreform hat es verhindert daß diese Reform konsequent durchgeführt wurde. So ist es gekommen, daß die letzten Reste feudaler Vorrechte erst durch die Revolution von 1918 und die spätere Gesetzgebung beseitigt werden konnten.

Nachhaltiger und wirksamer als die agrarischen Reformversuche erwies sich die städtische Reform, die mit der Städteordnung von 1808 angebahnt wurde. Die Städteordnung ist die wesentlichste der Stein'schen Reformen. Sie sollte das Entstehen von starken selbständigen Städten fördern, die den Junkern gegenüber ein Gegengewicht darstellen und innerhalb der Bürgerlichkeit den Gemeininn und das nationale Bewußtsein stärken sollten. Die Städteordnung von 1808 sicherte den Städten in weitgehendem Maße die Selbstverwaltung. Alle städtischen Bürger hatten das aktive Wahlrecht. Das Wahlrecht war für alle Bürger gleich und wurde geheim ausgeübt. Das passive Wahlrecht war an eine leicht zu erfüllende Voraussetzung hinsichtlich Besitz und Einkommen geknüpft. Man darf sagen, daß in der Städteordnung von 1808 ideal ein für damalige Zeit erstaunliches Maß von Demokratie verwirklicht war. Die tatsächliche Bürgerlichkeit scheiterte nicht nur an dem Fehlen der starken Bürgerklasse, sondern auch an dem rückwärtigen Willen der wieder erstarkten königlichen Macht. Zunächst wurde die neue Städteordnung den im Wiener Kongreß neu erworbenen Provinzen vorenthalten. Erst 1831 kamen die Städte dieser Landesteile in den Genuß einer Städteordnung, die allerdings wesentlich verschlechtert war. Mit dieser Revision der Stein'schen Städteordnung wurde der Grund gelegt zu dem Drei-Klassen-Wahlrecht, das erst die Revolution von 1918 beseitigte.

Die Stein'schen Reformen und ihre Ergebnisse bieten in ihrer Gesamtheit ein klassisches Beweismaterial für die Behauptung, die später Lassalle aufstellte, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, d. h., daß sich von ideologischen Reformen in der Entwicklung stets nur soviel durchsetzt, als gesellschaftliche Kräfte vorhanden sind, die das Erreichte anzuwenden und zu behaupten verstehen.

## Die Lohnbewegungen des Jahres 1930 im Steinarbeiterverband

Von den vielen dem Verbands obliegenden Aufgaben ist die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder die wichtigste. Demnach ist Hauptaufgabe des Verbandes, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kollegen zu schaffen und in welchem Umfange diese erfolgreich sind, hängt von der organisatorischen Stärke, der beruflichen sowie der allgemeinen Wirtschaftslage ab.

Im vorjährigen Bericht über die Lohnbewegungen des Jahres 1929 mußten wir bereits mitteilen, daß ein Teil der Tarifabschlüsse von der Konjunkturabwärtung beeinflusst waren. Wenn es trotzdem im selben Jahre noch gelang, für 70 208 Beschäftigte in der Steinindustrie und im Steinergewerbe eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 2,06 M. oder insgesamt 144 718 M. pro Woche zu erkämpfen und daneben die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen restlos abzuwehren, so war dieses auf die Schlagkraft der Organisation und auf die gut ausgebauten Tarif- und Schlichtungsverträge zurückzuführen.

Das Jahr 1930 stand im Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes, der sich besonders ungünstig auf die baugewerblichen Industrien, demnach auch auf die Steinindustrie auswirkte.

Nach den Erhebungen des ADGB. betrug die Arbeitslosigkeit in der sogenannten Konjunkturgruppe im Jahresdurchschnitt 17,5 Prozent, in den baugewerblichen Verbänden jedoch 46,5 Prozent und im Steinarbeiterverband 47,6 Prozent. Dieser enorm hohe Prozentsatz arbeitsloser Kollegen wirkte selbstverständlich auf ihre Lohnbewegungen ungünstig ein. Während die im ersten Halbjahr abgelaufenen Tarifverträge noch ohne Verschlechterungen erneuert werden konnten, war bei den späteren Abschlüssen eine restlose Abwehr von Verschlechterungen nicht immer möglich. Emutigt und unterstützt wurden die Unternehmer in ihren Lohnabbau-Bestrebungen von der inzwischen zur Macht gelangten Regierung Brüning-Steinweg. Befanctlich propagierte diese Regierung einen allgemeinen Preisabbau, wobei auch nach ihrer Auffassung die „überhöhten Löhne“ eine Kürzung erfahren sollten.

Der tatsächlich auf dem Weltmarkt eingetretene Preisabbau blieb jedoch auf Grund der von der Regierung betriebenen Zollpolitik und der Macht der Unternehmerpartei in Deutschland gleich zu Beginn stehen; dagegen wurde aber der allgemeine Lohnabbau in Gang gesetzt. Die dadurch eingetretene Verringerung der Kaufkraft hatte naturgemäß eine Verschärfung der Krise zur Folge. Diesen Lohnabbau abzuwehren bzw. auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken, wurde hierbei zur richtigen Aufgabe der Gewerkschaften. Ueber den Umfang der abgeschlossenen Tarife geben nachstehende Tabellen Aufschluß.

### A. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:

Art der Bewegungen	Bewegungen fanden statt				Durch Ablauf bzw. Kündigung		
	in Fällen	in Orten	in Betrieben	mit Beschäftigten	in Fällen	in Betrieben	mit Beschäftigten
a) Angriffsbew.	25	120	600	4 113	23	564	3 613
b) Abwehrbew.	65	315	1578	50 286	65	1578	50 286
	90	435	2178	54 399	88	2142	53 899
<b>B. Bewegungen mit Arbeitseinstellung (Streiks und Aussperrung)</b>							
c) Angriffsbew.	3	3	76	195	—	—	—
d) Abwehrbew.	17	18	27	838	17	27	838
	20	21	103	1 033	17	27	838
<b>Bem. insgesamt</b>	<b>110</b>	<b>456</b>	<b>2281</b>	<b>55 432</b>	<b>105</b>	<b>2169</b>	<b>54 737</b>

Wie aus vorstehender Aufstellung ersichtlich, waren von den 110 geführten Bewegungen 28 Angriffs- und 82 Abwehrbewegungen. Beteiligt waren insgesamt in 456 Orten und 2281 Betrieben 55 432 Personen. Zum Streik führten 20 Bewegungen mit 1033 Beteiligten. Ursache der Streiks waren in drei Fällen Lohnforderungen, während in 17 Fällen, die von den Arbeitgeberern beabsichtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Arbeitsniederlegung führten. Bemerkenswert ist hierzu, daß in den registrierten Bewegungen die Bewegungen nicht mit enthalten sind, die auf Grund von Forderungen der Affordröße in den Betrieben entstanden sind. Letzteres kam vielfach in der Pflasterstein- und Schotterindustrie vor.

Außer den angeführten Bewegungen erfolgte von einem besonders reaktionären Unternehmer eine Aussperrung, weil unsere Kollegen es sich nicht nehmen ließen, den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Nachfolgende Aufstellung gibt die Resultate der Bewegungen wieder:

### A. Es wurde erreicht:

Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverlängerung		Lohnhöhung		Sozial-Beihilfenleistungen für Personen
	für Personen (Tage)	in M. pro Woche	Zahl	in M. pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellg. Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Aussperrungen)	—	—	1149	3511.64	15
	—	—	190	364.80	—
<b>Zusammen</b>	—	—	<b>1339</b>	<b>3876.44</b>	<b>15</b>

### B. Es wurde abgewehrt:

Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverlängerung		Lohnkürzung		Sozial-Beihilfenleistungen für Personen
	für Personen (Tage)	in M. pro Woche	Zahl	in M. pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellg. Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Aussperrungen)	—	—	43063	171985.34	153
	34	408	337	938.80	—
<b>Zusammen</b>	<b>34</b>	<b>408</b>	<b>43400</b>	<b>172924.14</b>	<b>153</b>

### C. Es trat ein:

Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverlängerung		Lohnkürzung		Sozial-Beihilfenleistungen für Personen
	für Personen (Tage)	in M. pro Woche	Zahl	in M. pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellg. Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Aussperrungen)	—	—	6964	19658.16	26
	—	—	223	839.20	—
<b>Zusammen</b>	—	—	<b>7187</b>	<b>20497.36</b>	<b>26</b>

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß im Berichtsjahre 1339 Kollegen eine Lohnhöhung von 2,82 M. oder insgesamt 37 876,44 M. pro Woche hatten. Größer ist die Zahl, für die beabsichtigte Ver-

schlechterungen abgewehrt werden konnten. Nicht weniger als 43 553 Personen war ein Lohnabbau von 173 265,34 M. oder pro Kopf und Woche 3,97 M. zugebracht, der mit Hilfe des Verbandes abgewehrt wurde. Leider war es für einen Teil der Kollegen nicht möglich, den geplanten Abbau restlos abzuwehren. 7223 Personen mußten sich mit einem Abbau von 20 497,36 M. oder 2,83 M. pro Woche abfinden. Diese Zahlen gelten allerdings nur für die Bewegungen, über welche die Gauleitungen berichtet haben.

Die Kosten für die Bewegungen betrugen im Berichtsjahre 124 753,93 M., wovon 11 146,23 M. für Verhandlungen vorausgab und der übrige Betrag in Höhe von 113 607,70 M. als Streikunterstützung zur Auszahlung gelangte.

Besonders interessant sind die Berichte über die Erledigung der Bewegungen. Ein großer Teil der Tarifverhandlungen und zwar 49, konnten durch direkte Verhandlungen beigelegt werden. 6 Bewegungen wurden durch Vereinbarungen vor tariflichen Schlichtungsinstanzen erledigt. Zwei endeten vor den tariflichen Schlichtungsstellen durch Spruch. Vor besonders vereinbarten Instanzen wurde eine Bewegung durch Vereinbarung und vier durch Schiedsspruch abgeschlossen. Die größte Zahl der Bewegungen kam vor staatlichen Schlichtungsinstanzen zur Verhandlung. In 17 Fällen wurde ein Spruch gefällt, während zweimal die Bewegung durch Vereinbarung endete. Der Anruf erfolgte in 27 Fällen von unserer und in 8 Fällen von Unternehmerseite. Durch beide Parteien erfolgte der Anruf in 18 Fällen, während von Amts wegen dreimal eingegriffen wurde.

Die Annahme der Schiedssprüche erfolgte von unserer Seite allein: 13mal, während die Unternehmer bei unserer Ablehnung 9mal zustimmten. Von beiden Kontrahenten gelangten 17 Schiedssprüche zur Annahme und einer wurde beiderseitig abgelehnt. Verbindlichkeitsklärung wurde untererorts 12mal und unternehmerseits 2mal beantragt. In weiteren 2 Fällen erfolgte die Antragstellung beiderseits. Von diesen Anträgen fanden 10 in den Vorverhandlungen vor dem Schlichter durch Vereinbarung einen Abschluß, während den übrigen 4 Anträgen stattgegeben wurde, so daß die umstrittenen Tarife Gesetzeskraft erlangten.

Im allgemeinen beweisen genannte Zahlen, daß gegenüber den vorjährigen Berichten ein wesentlicher Rückgang der Jubiläumnahme der Schlichtungsinstanzen zu verzeichnen ist. — Die Ursache dieses Rückganges ist lediglich in der Einstellung der Unternehmer diesen Instanzen gegenüber zu suchen. Diese glauben in der Zeit der tiefstehenden Wirtschaft ohne Vertragshilfe mit ihren Arbeitern leichter fertig zu werden. Was unsere Gewerkschaft dagegen unternommen und durchgeführt hat, geht aus dem Vorstehenden mit aller Deutlichkeit hervor.

## So wird's gemacht

In einem alten Lustspiel von Gustav Freitag „Die Journalisten“ kommt eine Gestalt vor mit dem Namen „Schmód“. Schmód ist ein sogenannter Zeilenkäufer, der für Geld alles schreibt. Er kann schreiben links und kann schreiben rechts. Ein solcher Schmód schreibt auch unter dem Pseudonym Rudolf R e b u h n in der Nummer 15 der „Grünen Post“ unter der Ueberschrift „Der Mann, der versichert ist“ ein Laborat gegen die Invaliden- und Krankenversicherung.

Als Einleitung schildert er die luxuriöse Einrichtung des Verwaltungsgebäudes einer Ortskrankenkasse in einer Stadt mit 20 800 Einwohnern. Er geht dann dazu über, die Mechanisierung der ärztlichen Behandlung durch einen Kassenarzt vorzuführen. Zum Schluß wird er tragisch, er erzählt von einem alten Arbeiter, der sich ausgerechnet hatte, daß er bei Erreichung des 65. Lebensjahres ein Kapital von 35 000 Mark von der Invalidenversicherung ausgehakt erhalten müßte und bitter enttäuscht ist, als er nur den Monatsbetrag seiner Rente erhält. So macht nun Schmód eine Milchmädchenrechnung auf, daß der Verwaltungsapparat der Invalidenversicherung viel zu teuer sei und daß die Arbeiter viel besser daran wären, wenn sie die Versicherungsbeiträge auf die Sparkasse trügen, denn dann hätten sie auf ihre alten Tage ein schönes Kapital beisammen, mit dem sie bis an ihr Lebensende reichen würden.

Wenn der Fall nicht gar zu traurig wäre, könnte man lachen. Aber die Tatsache, daß die „Grüne Post“ eine Millionenaufgabe hat, muß uns zu denken geben. Hier wird mit der Miene eines Biedermannes die Sozialreaktion verbreitet. Hier wird auf die feinste Art und Weise Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Sinaus deshalb aus den Arbeiterfamilien mit diesem Wustblatt, das angeblich politisch neutral ist und in einem staatsparteilichen Verlage erscheint (Allstein). In Wirklichkeit steht diese Zeitung im Solde der Sozialreaktionäre und tritt die Arbeiterinteressen mit Füßen.

Herbipolis.

## Professorenweisheit

Eine Geschmackslosigkeit, die kaum noch überboten werden kann, hat sich der Professor Schreiber der Technischen Hochschule in Aachen in einem Artikel in der Zeitschrift „Technik und Kultur“ geleistet. Der Herr Professor, der die Arbeitslosen als „Arbeits-scheue“ bezeichnet, bemüht sich um den Nachweis, daß es ein Natur-gesetz sei, dem Arbeiter nicht mehr zum Leben zu geben, daß er sich gerade fressen kann. Nach seiner Auffassung braucht der Muskel-arbeiter nicht mehr als die ersten Menschen auf der Erde, etwa wie der Neandertalmensch. Doch lesen wir selbst, was er schreibt:

„Der Ertrag eines industriellen Werkes muß zwischen Leiter, Mitträger der Verantwortung und Muskelarbeiter geteilt werden. Nach einem unabänderlichen Naturgesetz muß diese Teilung so vorgenommen werden, daß diejenigen, die nichts als Muskelarbeiter sind, die auch nicht das geringste bißchen von Geistesarbeit leisten, der jedesmaligen, durch die fördernde Geistesarbeit der früheren Geschlechter ermöglichten Lebenshaltung des Volkes entsprechend nur gerade leben können. Dieses Gesetz der Lohnteilung ist darin begründet, daß nur die fördernde Geistesarbeit die Besserung der Lebenshaltung des Volkes ermöglicht, während die Muskelarbeiter an dieser Besserung keinen Teil haben. Sie könnten bestenfalls die augenblickliche Lebenslage aufrechterhalten, aber auch das wird ihnen nicht gelingen. Der Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Erde, also vielleicht der Neandertalmensch besaß. Das, um was seine jetzige Lebenshaltung besser ist, verdankt er ausschließlich der Gutmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm von dem Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“

Abgesehen davon, daß dieses holprige Deutsch auf hervorragende Geisteskräfte nicht schließen läßt, fragt man sich, wie es möglich ist, daß solche Professoren an den Technischen Hochschulen heute noch unterrichten. Es sollte doch wohl Mittel und Wege geben, die Lehrtätigkeit der Hochschulen von solchen, die studierende Jugend verborgenden Kräften zu säubern. Wenn solcher Unfinn der Jugend beigebracht wird, dann braucht man sich über die hochnaife Haltung der Akademiker gegenüber den Arbeitern nicht zu wundern. Dieser Professor täte klüger, wenn er einmal auf ein paar Jahre in die Fabrik oder in eine Grube gehen würde. Dort würde er erfahren, daß der Muskelarbeiter heute auf Grund der technischen Umwälzung sein Gehirn mehr anstrengen muß, wie mancher Professor, der sich zu den „Geistesarbeitern“ rechnet.

Floß (Oberpfalz). Für die Steinarbeiter von Floß und Flossenbürg wird die berufliche Lage immer unerträglicher. Alle Versuche, die hiesigen Unternehmer zur Vernunft zu bringen, damit sie die örtlich eingewurzelte Steinindustrie nicht selbst abmürzen, zum Schaden auch der Steinarbeiter mit ihren Familien, sind ergebnislos geblieben. Eine solche Vernunft kann sich nur äußern im er-traglichen Zusammenwirken über die Lohnbedingungen im Arbeits-projekt. Die Unternehmer aber sehen ihr A und O im niedrigsten Lohn; sie möchten in Floß und Flossenbürg einen Lohnstarif abschließen, dessen Höhe noch unter denen des bayrischen Waldes stehen. Jeder kümmerliche Auftrag der hereinkommt, soll 20 bis 30 Prozent unter Tarif fertiggestellt werden. Das soll Dauer-zustand werden! Leider bestärkt die Struktur der hiesigen Steinarbeiter (Kleinbauern) die Unternehmer in ihrem Vorhaben. Die Verbandsmitglieder haben demgegenüber einen schweren Stand. Die Spisenspenden für 2 Wochen übersteigen nicht 60 Mark. Die Unternehmer aber sehen nicht ein, daß sie durch solche Bezahlung der hiesigen Steinindustrie selbst den Krug abbrechen. Spricht man mit ihnen über die Verhältnisse, dann lautet das Klagegedicht: Zulehen und abermals zulehen. Verfolgt man aber ihre Lebenshaltung, dann steht das nicht aus, als wenn sie zu: Ja, der Verdienst muß ansehnend doch noch erträglich sein, im Hinblick auf neue Autobeschaffung und Nachtausflüge, bei denen kein Wasser getrunken wird. Bei einigen anderen Unternehmern scheint schon nach ihren Benehmen zu urteilen, das Dritte Reich im Anmarsch zu sein. Denn was sie sich herausnehmen gegen einzelne organisierte Steinarbeiter, soll gewiß den Vorgeschnack dafür bringen. — Angewiesen auf die Arbeitskraft der Steinhauer und Steinbrecher, sollen sie doch den Bogen nicht überspannen und im weiteren sich bemühen, vorläufig nur jene zu beschäftigen, die nur auf ihre Arbeitskraft als Steinarbeiter angewiesen sind. Die kleinen Güter dagegen, die sich schließlich auf ihrer eigenen Scholle erhalten können, die mögen wenigstens jetzt in der Notzeit zurückstehen. Auf diese Art ließe sich die schwere Zeit für die Steinarbeiter etwas leichter überwinden; aber jetzt den Herrn heraussteden und etwa in Organisationsvernichtung zu machen, das ist dumm und leicht. Da-gegen wäre es klug und deshalb schwerer, die Erwerbsquelle in der Weitsicht zu sichern, wozu vor allem eine vernünftige Behandlung der Arbeiter gehört. Es wird damit in Floß und Flossenbürg wirklich Zeit.

Greifswald. Am 12. Juli 1931 feiert die Zahlstelle Greifswald ihr 25jähriges Bestehen. Aus kleinen Anfängen heraus erkannten im Jahre 1905 unsere damaligen Steinerkollegen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges, um bei den Arbeitgebern ihre beruflichen und wirtschaftlichen Interessen gemeinsam vertreten zu können. Ein kleines Häuflein von 10 Kollegen agitierte damals unermüdet für den gewerkschaftlichen Zusammen-schluß. Allmählich wuchs die Mitgliederzahl, da auch mehrere Kammer- und Hilfsarbeiter der Organisation beitraten. Die ersten gewerkschaftlichen Kämpfe ließen auch nicht lange auf sich warten. So wurde schließlich der erste örtliche Tarifvertrag abgeschlossen. Doch ließen die damaligen Kollegen nicht locker, denn die noch kümmerlichen Tarifverträge mußten immer besser ausgebaut werden. In jener Ausdauer konnten in jahrelanger gewerkschaftlicher Arbeit die Tarife auf den heutigen Stand gebracht werden. Es wurde schon angeführt, daß unsere damalige Organisation „Ver-band der Steiner und Berufsgenossen“ im Gründungsjahr 10 Mitglieder zählte. Bei der Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband waren es 40 Mitglieder. Auch nach der Verschmelzung wurde von unseren Kollegen weiter agitiert und ge-worben, so daß wir in den Konjunkturjahren 1927 und 28 bis zu 120 Mitglieder aufwiesen. Natürlich waren unter dieser Mit-gliedszahl verschiedene fremde Kollegen, die damals bei uns Ar-beitsverdienst fanden. In der jetzigen Zeit der großen Wirtschaftskrise zählt unsere Zahlstelle 80 Stamm-Mitglieder. Wir konnten diese Erfolge nur buchen, weil unsere Kollegen und besonders die alten, trotz Schikane und Kündigungen von ihren gewerkschaftlichen Prinzipien nicht abließen, sondern mit erneuter Kraft immer wieder auf den Plan traten. Es wurde von jenen Kol-legen nicht nur die Zahlstelle Greifswald auf- und ausgebaut, sondern es wurden auch neue Zahlstellen gegründet. So die noch heute bestehende Zahlstelle Straßund. Weiter entstanden dann noch im Laufe der Jahre Zahlstellen in Anklam, Wolgast, Jarmom usw. Ein Teil von ihnen erwies sich leider nicht als lebensfähig. Von den alten Kollegen sind leider nicht mehr viele in unserer Organisation. Sei es, daß ein Teil von den Kollegen selbständig wurde, ein anderer Teil in städtischer Regie Arbeit fand. Doch wir gedenken dieser Kollegen auch an dieser Stelle, da sie es waren, die die örtliche Organisation ins Leben riefen. Nur ein Kollege, der die Zahlstelle Greifswald mit gründete, Ernst Böttcher, ist noch heute ein tüchtiges Mitglied und ein lieber Kollege. Wir müssen anerkennen, daß er an dem Aufbau zähe mitgearbeitet hat. Noch heute steht er überall seinen Mann, wenn es gilt, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Mitglied ist er seit 28. 5. 1905. Ost wurde er von den Arbeitgebern gemäßig-regelt, weil er Wortführer unserer Kollegen war. Mit dem Jubiläum unserer Zahlstelle Greifswald blickt er auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurück. Wir wünschen, daß Kollege Böttcher noch recht lange in unserer Mitte weilt.

M. Lsch.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

3. Gau. In Leipzig, Dresden und Chemnitz sind teilweise die Marmorarbeiter ausgesperrt. Zugung von Marmorarbeitern nach Sachsen muß unterbleiben!

7. Gau. In Schwarzenbach (Saale) die Firma Morgeneier wegen Maßregelung. — In Steinach ist der Betrieb Hagelauer & Co. (Granitwerk) wegen unberechtigter Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden zu meiden. — In Selb (Oberfr.) bei der Firma Wilsch. Ketsch (Granitwerk) Streik.

8. Gau. In Koburg ist das Steinzeugunternehmen Firma Knoth zu meiden, denn der Tarif wird seit Jahren von den Firmeninhabern nicht beachtet.

11. Gau. In Lübeck stehen die Steinmehlen im Lohnkampf. —

Schweiz; Steinriecher und Steinpaster! Die Firma Schaller jun. & Cie. in Alpnach, Steinbrüche im Delli, Wolfenschieben und Klüelen, sucht durch die deutschen Arbeitsämter beständig Steinriecher. Dadurch, daß die Firma nie Zahltag macht, arbeitet natürlich niemand lange dort und wechseln die Kollegen schnell und oft. Wer deshalb nicht geschädigt sein will, übernehme keine Arbeit bei diesem Unternehmer. Kolb.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

# Rundschau

**Die Lebenshaltungskosten steigen.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten betrug nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Monat Mai 137,3. Für die Vormonate lauteten die Ziffern folgendermaßen: April 137,2, März 137,7, Februar 138,8 und Januar 140,4. Es ist also seit März eine wesentliche Verlangsamung in dem Rückgang der Indexziffern für die Lebenshaltungskosten eingetreten. Wären im Mai die Indexziffern für Heizung und Beleuchtung infolge der Sommerabgabe für Heizungsstoffe nicht niedriger, dann hätten wir eine noch größere Steigerung zu verzeichnen. Die Kosten für die Lebenshaltung werden in Deutschland sehr weitgehend durch die Preise für Lebensmittel bestimmt. Diese wiederum werden von der amtlichen Zoll- und Wirtschaftspolitik stark beeinflusst. Somit hat diese Politik eine nicht geringe Einwirkung auf die Höhe des deutschen Reallohns. Ungehindert dieser sichtbaren Tendenzen auf dem Gebiete der Preisbildung sehen die Unternehmer ihre Bemühungen zur Herabsetzung der Löhne und Gehälter fort. Sie begnügen sich nicht damit, daß das deutsche Volk an sich schon eine schlechte Zeit durchmacht, sondern sie soll noch schlechter werden. Die Unternehmer und das Reichs Ernährungsministerium arbeiten dabei Hand in Hand. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist ein eigentümlicher Kontrast zur Einleitung der zweiten Lohnabbaumwelle.

**928 000 Unfälle in einem Jahr!** Die Unfallstatistik für das Jahr 1929 liegt vor. Bei 1 076 432 Betrieben mit 11 495 151 versicherten Personen sind im Jahre 1929 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 927 995 Unfälle vorgekommen, von denen 55 257 entschädigungspflichtig wurden und 4597 tödlich verliefen. Bei den vorgekommenen Unfällen ist eine Steigerung der Zahl um 3773 zu verzeichnen, während die Zahl der entschädigten Unfälle um 1212 und die Zahl der tödlichen Unfälle um 24 gefallen ist. Die meisten Unfälle verursachte der Transport. Es folgen: Fall von Personen von Leitern, Treppen usw., Unfälle an Arbeitsmaschinen und andere. Recht bemerkenswert ist die Zahl der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit, die sich vermehrt hat. Im Jahre 1929 waren hier rund 62 000 Unfälle zu verzeichnen. Davon waren 5248 entschädigungspflichtig und 599 tödlich. 13 v. H. aller tödlich verlaufenen Unfälle sind also auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle zu verzeichnen gewesen. Auch die Zahl der Unfälle, die man unter der Gruppe Berufsunfälle zusammenfaßt, haben sehr wesentlich zugenommen. Die Zahl der tödlichen Fälle stieg hier vom Jahr 1928 bis 1929 von 1,43 auf 3,55. Wie bekannt, sind starke Bestrebungen im Gange, die Unfallversicherung zu verschlechtern. Gerade die Statistik vom Jahre 1929 dürfte beweisen, wie sich die geplanten Verschlechterungen auswirken würden. Es muß deshalb mit aller Entschiedenheit gegen diesen Versuch angefaßt werden.

**Kürzung der Arbeitslosenunterstützung auch in England.** In allen Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit wird zur Zeit die Arbeitslosenunterstützung durch den Staat und die öffentlichen Körperschaften überprüft. In England z. B. hat man eine Arbeitslosen-Enquete veranstaltet, die auf eine lange Vorbereitungsarbeit zurückzuführen kann. Ihre Aufgabe bestand darin, das Unterstützungssystem auf seine Reformbedürftigkeit zu untersuchen. Bisher ist ein staatlicher Zuschuß zum Fonds für die Arbeitslosenunterstützung von 80 Mill. Pfund Sterling (1,6 Milliarden Mark) geleistet worden. Der Bericht schlägt nunmehr vor: 1. Begrenzung der Unterstützungszeit auf 26 Wochen; dann soll ähnlich wie in Deutschland eine Art Krüpfelfürsorge in Kraft treten. 2. Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf 9 Pence für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat und 3. Kürzung der Unterstützungsätze. In England hat man mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie in Deutschland, Österreich und anderwärts. Auch jenseits des Kanals kommt man schließlich zu dem Schluß, den Arbeitslosen und Arbeitern erhöhte Opfer aufzuladen.

**Der Sowjetkapitalismus vor einer neuen Schwelung.** Der Moskauer Berichterstatter der Woff, Zig., berichtet in Nr. 270 in ausführlicher Weise über die Entwicklung der Wirtschaft in Rußland. Der Artikel führt aus, daß in Rußland eine neue Kursrichtung eingeschlagen wurde, um die unheilvoll drohende Inflation zu beseitigen. Der bisher in der russischen Wirtschaft maßgebende Techniker wurde durch den Kaufmann abgelöst. „An der Schwelle einer unabsehbaren Inflation, an dem Punkte, wo die Kosten der Industrialisierung über die Kräfte zu gehen begannen, hat der Kremel die neuen Parolen ausgegeben. Er nimmt dabei um den Preis des wirtschaftlichen Nutzens das politische Odium in Kauf, daß die kommunistischen Methoden der Wirtschaftsführung der Wirklichkeit nicht standgehalten haben, daß man echt kapitalistische Methoden anwenden muß. „Und man befindet sich jetzt in der gleichen unangenehmen Lage wie jeder kapitalistische Betrieb in Krisenzeiten: paßt man die Löhne der Leuerung an, so muß man — um die Bilanz zu sichern — wiederum mit den Preisen in die Höhe gehen, um dann wieder die Löhne zu erhöhen und so fort.“ Der Artikel schließt folgendermaßen: „Für die Bevölkerung Rußlands sind die Folgen des neuen „Sozial-Kapitalismus“ noch unangenehmer als die des „Privatkapitalismus“ für die Bevölkerung anderer Staaten; denn die sozialisierten Betriebe können nicht durch rationeller oder mit geringerem Gewinn arbeitende Konkurrenten gezwungen werden, besser oder billiger zu arbeiten oder unterzugehen. Die Sowjetwirtschaft kann den verhängnisvollen Zirkel von Bilanz, Preisen, Löhnen nur abschwächen, indem sie einen erheblichen Teil des Konsumbedarfs unbefriedigt läßt und den Lebensstandard der Bevölkerung weimöglichst niedrig hält. Und das tut sie — immer in der Hoffnung, nach einer Periode der Leiden und der Not die errechneten günstigen Resultate des Wirtschaftsaufbaues und der Industrialisierung heranzureifen zu sehen, wenn nicht nach dem ersten, dann nach dem nächsten Fünfjahresplan.“

**Das Morden von Kaufkraft ist Selbstmord.** Kaufkraftvernichtung wird heute als das Allheilmittel angesehen, obwohl die ganze Wirtschaftslage daran krankt, daß die vorhandenen Warenmengen nicht abgesetzt werden können. Die Notverordnung ist hierfür ein Beweis. In der „Brücke“ Nr. 24 wird dies von einem Mitglied des Präsidiums der Bayerischen Industrie- und Handelskammer für Oberfranken durch folgende Worte bestätigt, die wir ohne Zusatz wiedergeben:

Es ist ein Unding, auch nur annehmen zu wollen, daß man in einer Epoche der Massenvergehung, der großen Läger und der Abfahstodung, verbunden mit größter Arbeitslosigkeit, der Krise durch Lohn- und Gehaltskürzungen auch nur im mindesten beikommen könnte. Massenvergehung bedingt Massenabsatz. Es kommt daher einem volkswirtschaftlichen Massenmord gleich, wenn man die große Masse in ihrem Einkommen kürzt. Wahnsinn, nichts weiter! Die große Masse ist es, die allein in unserer Zeit der Massenvergehung die Arbeitslosigkeit durch Konsum einigermassen mildern kann. Wir möchten den Grundsatz prägen, daß hundert Briefträger und hundert Volksschullehrer für den Konsum viel wichtiger sind, wie etwa 10 oder selbst 50 Regierungspräsidenten, und damit glauben wir den grundlegenden Fehler der Brüning'schen Offensive aufgedeckt zu haben. Nicht Kürzung der Gehälter der Beamten und nicht Kräftesteuer für die Einkommen wären das Gegebene und Notwendige gewesen, sondern Vereinfachung der ausgeübten Verwaltung in allen deutschen Ländern. Man behauptet, daß z. B. bei einem großen Konzern 25 Direktoren zusammen 12 Millionen das Jahr haben, während 10 000 Angestellte ein Einkommen von zusammen 25 Millionen verdienen. Welcher volkswirtschaftliche Unsinn! Wenn man den 10 000 Angestellten, um ein beliebiges Beispiel anzuführen, 2% Prozent des Einkommens kürzt, kann der Staat zwar 1% Millionen profitieren, während die Wirtschaft durch Einschränkung des Konsums die gleiche Summe verliert. Wenn man aber, um das gleiche zu erreichen, den 25 Direktoren 10 Prozent abzieht, dann profitiert wohl der Staat dasselbe, der Konsum aber hat noch lange nicht den gleichen Schaden, als wenn diese Kürzung bei den Kleineren und Mittleren vorgenommen wird. Kanzler Brüning war also sehr schlecht beraten, als er an das Morden der Kaufkraft herangegangen ist, denn diese Handlung war auch wirtschaftlich durchaus falsch!

**Die schlechte Wirtschaftslage verhindert Eheschließungen.** Im Jahre 1930 war die Zahl der Eheschließungen in Deutschland um 27 133 kleiner als im Vorjahr. Dieser Rückgang verteilt sich vollständig auf das zweite Halbjahr, während im ersten Halbjahr noch eine Zunahme zu verzeichnen war. Die Heiratsziffer sank im Vorjahr um 0,5 auf 8,7 je 1000. Im Jahre 1931 hat sich der Rückgang der Heiratshäufigkeit noch wesentlich verstärkt. Da die Zahl der heiratsfähigen Männer auch im Jahre 1930 noch angewachsen ist, hätte eine Zunahme der Eheschließungen um etwa 9000 eintreten müssen. Statt dessen erfolgte eine fühlbare Abnahme. Bei einer solchen Wirtschaftskatastrophe ist es schlecht möglich zu heiraten. Dies kommt in den Heiratsziffern zum Ausdruck. Aber auch die Geburtenziffern werden von der Wirtschaftslage der Bevölkerung beeinflusst. Die Zahl der Lebendgeborenen war im Jahr 1930 wiederum um 20 630 niedriger als im Vorjahr. Auf 1000 der Gesamtbevölkerung entfielen daher nur noch 17,5 Lebendgeborene, gegenüber 17,9 im Jahre 1929 und 18,6 im Jahre 1928. Dabei war die Zahl der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter von unter 45 Jahren im Jahre 1930 um 120 000 größer als 1929. Bei unveränderter Geburtenhäufigkeit hätten 14 600 eheliche Kinder mehr geboren werden müssen als im Jahre 1929. Die Zahl der Sterbefälle hat abgenommen. Wir hatten im Jahre 1930 mit 11,1 die niedrigste Sterbeziffer seit je zu verzeichnen. Die Entwicklung setzt sich fort, daß die Bevölkerungszunahme nachläßt und die lebende Bevölkerung immer älter wird.

**Wann kommt eine Rationalisierung der Rationalisierung?** In den Fabriken blüht dem Eintretenden ein schimmernder Maschinenpark entgegen. Immer mehr Maschinen und Apparate und immer weniger Menschen, das ist das Zeichen der modernen Produktionsweise. In dem Bericht, den der Direktor des IMA der Internationalen Arbeitskonferenz vorlegt, wird hierüber sehr eindringliches Material beigebracht. Eine Näh- und Drechselmaschine verdrängt mindestens fünf landwirtschaftliche Arbeiter. Diese Maschine hat die internationale Agrarfrise wenn nicht herbeigeführt, so doch sehr gefördert. Wie der Nähdreher heute Anwendung findet, dafür einige Beweise: In Kansas gab es im Jahre 1918 deren 14, im Jahre 1928 20 000 und im Jahre 1929 25 000; in Kanada 1912 2, im Jahre 1925 18 und im Jahre 1929 7215. Danach sind in Kansas 125 000 und in Kanada rund 40 000 landwirtschaftliche Arbeiter brotlos geworden. Die Steigerung der Produktionsleistung ist gewaltig gewesen. Berechnet auf die Arbeitsstunde eines Arbeiters, liegen Ziffern für die Vereinigten Staaten vor. Danach ergibt sich, daß die Leistung von 1914 bis 1927 je Arbeitsstunde und je Arbeiter gesteigert wurde:

in den Schlachthäusern und Konservenfabriken	um 26 Proz.
in den Rohrauderraffinerien	„ 33 „
in den Papierfabriken	„ 40 „
in den Gerbereien	„ 41 „
in den Stahl- und Walzwerken	„ 46 „
in den Zementfabriken	„ 54 „
in der Mollerei	„ 59 „
in den Petroleumraffinerien	„ 82 „
in den Hochofenbetrieben	„ 103 „
in dem Kraftwagenbau	„ 178 „
in der Wagenerbereifung	„ 292 „

Diese gewaltige Indienststellung der Maschinen hat zu der großen Arbeitslosigkeit von heute nicht wenig beigetragen. Das Internationale Arbeitsamt weist hierauf mit folgenden Worten hin: „Wenn das Schrittmah der Einführung von Maschinen so rasch wird, wie in den letzten Jahren, so führt es zwangsläufig zu einer Art einheimischer Arbeitslosigkeit von immer wachsendem Umfange, die sich aus der Kündigung von immer mehr durch Maschinen ersetzt Arbeitnehmern ergibt.“ Es sei bald angebracht, die „Rationalisierung zu rationalisieren.“ Was für ein Zustand: die Menschheit schafft technische Höchstleistungen und muß darunter entsetzlich leiden!

## Die Lebensdauer der Menscheneinstundigkeit

Seitdem es denkende Menschen auf der Erde gibt, hatten sie das Bestreben, ihre Lebensdauer zu verlängern. Namentlich wurde immer versucht, die Jugend mit ihrem Zauber jedem einzelnen so lange wie möglich zu erhalten. Die Verjünger, alternde Menschen zu verjüngen, finden deshalb das größte Interesse. Stichtätige Angaben über die durchschnittliche Lebensdauer sind erst von einigen Jahrhunderten vorhanden. Auch über zurückliegende Zeitalter ist einiges Material erhalten geblieben. In der Zeitschrift „Soziale Medizin“ untersucht der Leiter des Statistischen Büros der Metropolitan Life Insurance Company New York, Dr. D. U. B. in, die Frage „Können wir das Leben der Menschen verlängern?“ In diesem Artikel befindet sich gutes Material über das Leben der Menschen früher und jetzt und bei den verschiedenen Völkern. Am Anfang unserer Zeitrechnung soll die durchschnittliche Lebensdauer der Ägypter 30 Jahre betragen haben. Während der ersten drei Jahrhunderte des Kaiserreiches im alten Rom waren die Lebensbedingungen der Menschheit so schlecht, daß noch nicht einmal ein Durchschnittsalter von 20 Jahren erreicht wurde.

Der größte englische Astronom Haller hat in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Bevölkerungsbewegung der Stadt Breslau untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Lebenserwartung 33 1/2 Jahre betrug. Eine Sterbetafel auf Grund der Bevölkerungsbewegung in Northampton (England) um die Mitte des 18. Jahrhunderts ergibt eine Lebenserwartung von ungefähr 30 Jahren. In einigen Bezirken Nordamerikas betrug die Lebenserwartung im Anfang des 18. Jahrhunderts 35 Jahre. Um 1840 herum wurden die Bewohner des Staates Massachusetts durchschnittlich 40 Jahre alt. 40 Jahre später, im Jahre 1890 betrug die Lebenserwartung bereits 44 Jahre. Im Jahre 1927 betrug sie 59 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen. In Europa hat Dänemark den höchsten Stand der Lebenserwartung, nämlich 60 Jahre für Männer und 62 Jahre für Frauen. England und Deutschland haben ungefähr die gleichen Verhältnisse. Die Männer werden in diesen beiden Staaten etwa 56 Jahre und die Frauen 58 bis 60 Jahre alt. In Frankreich ist die durchschnittliche Lebensdauer um etwa 7 bis 8 Jahre niedriger. Das Land mit der längsten Lebensdauer ist Neuseeland. Hier können sich die Männer eines durchschnittlichen Lebensalters von 63 Jahren und die Frauen eines solchen von 65 Jahren erfreuen. Auf Neuseeland folgt Australien, wo die Lebenserwartung 2 bis 3 Jahre niedriger ist. Auf der untersten Stufe steht Indien, wo die Lebenserwartung die äufferst niedrige Stufe von 22 Jahren für Männer und 23 Jahren für Frauen erreicht. Ein Bewohner Neuseelands lebt dreimal so lange als ein Indier. Dort haben wir es mit einem ruhigen, wohl- ausgeglichene Volke zu tun, das Demokratie und Zivilisation seit Jahrzehnten zu pflegen Gelegenheit hatte, währenddessen wir es in Indien und China, Rußland usw. mit unterdrückten und geknechteten Völkern zu tun haben.

Die Verlängerung des menschlichen Lebens ist hauptsächlich auf die Unterdrückung der Volksseuchen zurückzuführen. Pest, Cholera, Blattern, Malaria, Gelbes Fieber, Typhus usw. waren die Geißeln, mit denen unsere Vorfäter gequält wurden. Für die moderne Menschheit sind dies unbekannte Begriffe. Selbst die Tuberkulose konnte weitgehend vermindert werden. Hinzu kommt der kolossale Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Der Verfasser des betreffenden Artikels ist der Meinung, daß die Lebensdauer noch verlängert werden kann. Eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren sei bei dem heutigen Stand der Wissenschaft durchaus möglich. Wenn wir die erfreuliche Tatsache registrieren können, daß der Mensch heute wesentlich länger lebt als seine Großväter, so wollen wir uns daran erinnern, daß die Gewerkschaftsbewegung daran einen großen Anteil hat. Sie hat die Arbeitszeit mit Erfolg zu kürzen gesucht, die Arbeitsweise verbessert, gesundheitliche Aufklärung getrieben, Raum für Sport der arbeitenden Bevölkerung geschaffen und die arbeitenden Menschen überhaupt auf eine höhere Kulturstufe gehoben. Es kommt nun noch darauf an, jedem einzelnen Menschen die Mittel zu verschaffen, damit er das verlängerte Leben nicht in Not und Elend, sondern mit Behagen verbringen kann.

# Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

**Berjammlungen:**  
**Sonnabend, 11. Juli:**  
 In Meißn am 17 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.  
 In Saarbrücken II im Lokal Jakob Reiter in der St. Johannestraße 51. Pflasterer zur Stelle!  
**Sonntag, 12. Juli:**  
 Nischendorf-Saarmund um 14 Uhr im Volkshaus.  
 In Laxaldau (Zahlstelle Grünberg) um 14 Uhr bei Walter.  
 In Eigershausen um 15 Uhr bei Bernhard Reutinger.  
 In Fuchsmühl (Triebsdorf) um 14 1/2 Uhr in der Konradischen Gastwirtschaft. Mitgliedsbücher mitbringen.  
**Sonnabend, 25. Juli:**  
 In Mührungen (Döhr.) um 16 1/2 Uhr bei Ehrlichmann, Bezirksleiter anwesend.  
 \*  
 Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung findet am Mittwoch, 15. Juli 1931, von 9 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr statt.

## Briefkasten

**Druckfehler.** In Nr. 26, in dem Artikel „Unternehmerlogik“ muß es in der 2. Spalte heißen: „Unbequemlichkeiten auf Arbeitnehmerseite“, nicht „Unternehmerseite“.  
 Im Bericht über den Bauarbeiterstreik Kongress wurden am Schluß die Vertreter unseres Verbandes genannt. Dabei wurde dem Kollegen Weidenhammer irrtümlich von der Redaktion ein neuer Vorname gegeben. Der genannte Kollege heißt trotzdem nach wie vor: Friedrich.  
 J. A. Dortmund. 1. Der Erlaß der Hauszinssteuer kann in diesem Fall beantragt werden. 2. Die Miete ist Bringschuld, folgedessen sind auch bei Ueberweisung durch die Post die Postkosten von dem Mieter zu tragen.  
 R. 100. Das bleibt auf Verlangen selbstverständlich vorzuziehen; mag auch kommen was will.

## Adressenänderungen

1. Gau: Berleberg, Vorf. und Kass.: Otto Lübbe, Sophienstr. 40.
2. Gau: Gleiwitz, Vorf.: Wilhelm Zurek, Klopptstr. 16. — Königswalde, Vorf. und Kass.: Aug. Korn, Königswalde 34b, Kr. Neurode, Schlef. — Schreiberhau, Vorf.: Franz Scholz, Nieder-Schreiberhau Nr. 18, Riesengeb. Kass.: Richard Scharf, Ober-Schreiberhau 1287, Reichseigenhaus.
4. Gau: Wünschendorf, Vorf.: Bruno Ruffel, Fuchstalstr. 1. — Stendal, Vorf.: Hermann Lange, Wendstraße 10a.
5. Gau: Sunswinkel, Vorf.: Gustav Bollmerhaus, Etseloh, Post Balbert.
10. Gau: Niedersungen, Kass.: Heinrich Winning. — Hannover I, Vorf. und Kass.: Willi Bod, Hannover I, M., Breite Straße 15, III.

## Bücher und Zeitschriften


**Fachzeichnen mit sachkundlichem Anhang für Steinsetzer,** von Wilhelm Hoff, Gewerbeoberlehrer in Greifswald, Preis 1.80 Mark. Verlag von Julius Beltz in Langenfelde, Berlin, Leipzig.  
 Der Zeichner beginnt sofort mit dem Fachzeichnen von einfachen Pflasterstein bis zu den verschiedensten Anordnungen der Bordsteinanlagen mit anschließender Wassertrinne. Er bringt in verschiedenen Beispielen das Verlegen der Kunststeinplatten für Plattenbahnen, zeigt das Verlegen der Bordsteinwellen und die Pflastermethoden bei Anordnung von Kleinpflaster. Es folgt die Anordnung der Baumkränze und die verschiedenen Unterbetonungen für das Straßenpflaster. Alle einschlägigen Fußsteig- und Fahrdammbelegungen werden gebracht. Die Anordnung eines Radfahrweges und eines Reitweges wird gezeigt, ebenfalls die Befestigung der Straßenbahnlinien in der Straße. Es folgt die Pflasterung einer Einfahrtstrasse und die Sicherung gegen die Gasleitung.  
 In Tabellen wird das nötige Quer- und Längsgefälle der Straßen gegeben und schließlich folgen schematische Darstellungen von Straßenquerschnitten, die wertmäßig aufgetragen und beliebig je nach den örtlichen Verhältnissen vermehrt werden können.  
 Von der Darstellung besonderer Pflasterpläne für Straßenkreuzungen ist in dem Wert Abstand genommen. Ein sachkundlicher Anhang gibt zu den einzelnen Zeichnungen die nötigen Erklärungen. — Diese Schrift kann den vorwärtsstrebenden Kollegen im Steinsetzgewerbe nur empfohlen werden, zumal der Preis erschwinglich ist.

## Anzeigen

**Pflasterhämmer**  
 aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
 Brunnenstraße 82

**Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.**  
 Spareinlagen von 1 Mark an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 53284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

**Was freiten sich die Leute herum?**  
**Was soll das wilde Schreien?**  
**Ein Lindcar-Rad ward hier geklaut,**  
**Na, den holt keiner ein!**



## Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)  
**Demitz-Thumitz.** Am 21. Juni der Pflastersteinmacher Ernst Gnau ck, 55 Jahre alt, Gehirnschlag.  
**Weißfels.** Am 23. Juni der Steinsetzer Robert Völkerling, 66 Jahre alt, Herzschlag.  
**Güsten.** Am 24. Juni der Steinsetzer Franz Schöne, 58 Jahre alt, 2 Jahre 9 Monate Gehirnkrankung.  
**Königshain (OL).** Am 25. Juni der Hilfsarbeiter Otto Lindner, 52 Jahre alt, Herzschlag.  
 EHRE IHREM ANDENKEN  
 Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.